

Fraktionsbeschluss vom 5. September 2019

Gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglichen: Gut leben und schnell unterwegs in Stadt, Land und Netz

In unserem reichen Land sind die Lebensverhältnisse für alle Menschen alles andere als gleich. Manche Städte, Dörfer und Regionen wachsen, insbesondere Ballungsräume und Universitätsstädte erleben den Zuzug vieler Menschen. Anderswo haben es Orte schwer, Menschen zum Bleiben zu bewegen oder junge Familien anzuziehen. Gerade diese strukturschwachen Städte und Regionen fühlen sich im Stich gelassen. Sie brauchen unsere Unterstützung. Rund 16 Prozent des Streckennetzes der Deutschen Bahn wurden beispielsweise in den vergangenen 25 Jahren aufgegeben. Es verlieren vor allem ländliche Regionen den Anschluss. In schlecht angebundenen Regionen stehen immer mehr Häuser leer. In manchen Landkreisen ist das Handy nicht einmal die Hälfte der Zeit im 4G-Netz und andernorts auch gar nicht erreichbar. Mit einem Investitionsstau in dreistelliger Milliardenhöhe fehlt es vielen Kommunen an Geldern, um eine allgemein zugängliche Daseinsvorsorge, gute Kitas und Schulen, Busse und gesundheitliche Versorgung zu gewährleisten. Zudem sind viele Jobs in strukturschwachen Regionen oft prekär. Die Einkommen klaffen zwischen West und Ost, Nord und Süd sowie zwischen Menschen in der Stadt und auf dem Land auseinander.

Rund 60 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte werden Prognosen des Berlin-Instituts zufolge bis 2035 an Bevölkerung verlieren. Diesen grundlegenden Wandel erfahren Regionen in allen Teilen der Republik, vor allem ländliche Gegenden, aber auch manche Stadt- und alte Industrieregion sind betroffen. Im Osten trifft der Bevölkerungswandel viele Regionen besonders hart. Heute geht man davon aus, dass durch Betriebsschließungen und Stellenabbau zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung von Arbeitslosigkeit betroffen war. Viele verließen ihre Heimat und gingen dorthin, wo Arbeit war. Allein bis 1993 zogen 1,3 Millionen Menschen von Osten gen Westen. Manche Orte verloren im Laufe der Jahre ein Drittel oder gar mehr ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Seit einiger Zeit lässt sich aber auch beobachten, dass Menschen in ihre Heimat zurückkehren und einige Orte wieder wachsen.

Die allermeisten Bürgerinnen und Bürger wohnen jedoch gerne in ihren Städten, Gemeinden und Regionen und sie möchten dort bleiben. Doch mancherorts stellt sich das Gefühl ein, nicht gehört und wahrgenommen zu werden. Das wirkt sich negativ auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt aus. Denn Teilhabe und Demokratie wie auch die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse stehen im Grundgesetz. Sie können nur gelebt werden, wenn der Anspruch auf Gleichwertigkeit auch eingelöst wird. Seit vielen Jahren haben Union und SPD und mit ihnen die Bundesregierung dieses Ziel aus den Augen verloren. Was die Koalition nach dem Ende der mit großen Erwartungen verbundenen Regierungs-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ vorgelegt hat, ist kraftlos und enttäuschend. Zudem hat die Regierung die Arbeit dieser Kommission für beendet erklärt, ohne die Vorschläge der Expertinnen und Experten aus den Bundesländern, Kommunen und den kommunalen Spitzenverbänden einzubeziehen.

Was fehlt, ist politisches Handeln und ein mutiger Impuls des Bundes gemeinsam mit den Ländern, um das Versprechen und die Verpflichtung des Grundgesetzes nach gleichwertigen Lebensverhältnissen einzulösen. Die strukturellen Ungleichheiten können wir nicht hinnehmen. Gute Daseinsvorsorge wird immer wichtiger – auch als Schlüsselfaktor für Entwicklung von Regionen.

I. PAKT FÜR LEBENSWERTE REGIONEN SCHLIEßEN

Es gibt in vielen Regionen mit besonderer Strukturschwäche große Probleme, aber auch viele Ideen und Lösungsvorschläge im Kleinen, wie Aufgaben vor Ort angegangen werden können. Überall im Land bringen sich Bürgerinnen und Bürger ein – in der Kommunalpolitik, bei der Feuerwehr, in Vereinen und Initiativen, in sozialen und kulturellen Projekten. Es ist bemerkenswert, wie viel Engagement vielerorts vorhanden ist. Zur Umsetzung brauchen sie Räume genauso wie finanzielle Spielräume. Auch professionelle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner oder Unterstützung von staatlicher Seite sind nicht immer zu finden. Das wollen wir ändern und Mittel und Möglichkeiten in strukturschwache Regionen lenken.

Bund und Länder müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, um dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näherzukommen. Dabei gilt es, alle Möglichkeiten der Unterstützung, auch die seitens der EU gegebenen, auszuschöpfen. Bisher fehlt im Fördersystem der in der Verfassung für gemeinsame Bund-Länder-Aufgaben vorgesehenen „Gemeinschaftsaufgaben“ eine eigenständige Förderung für strukturschwache Räume, für allgemeine Infrastrukturen und für die Daseinsvorsorge. Daher fordern wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge. Das Herz dieser Gemeinschaftsaufgabe ist ein Bund-Länder-Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“.

Wir wollen mit den Bundesländern einen Pakt für lebenswerte Regionen schließen, um die neue, zusätzliche Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge (GRD) einzurichten. Im Rahmen dieser neuen Aufgabe steht ein gemeinsames Finanzierungsinstrument von Bund und Ländern, das Bund-Länder-Programm „Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle“ mit einer Ausstattung von 1,1 Milliarden Euro im Jahr.

Damit geben wir Städten, Gemeinden und Dörfern und ihren Bürgerinnen und Bürgern Mittel und Möglichkeiten, ihre Entwicklung in strukturschwachen Regionen voranzutreiben. Diese Regionen erhalten ein eigenes Regionalbudget und eine regionale Anlaufstelle einer neu einzurichtenden „Kompetenzagentur für Investitionen“.

Die Entwicklung und Förderung ist für Regionen langfristig zunächst auf zehn Jahre angelegt – mit Verlängerungsoption. So können Akteurinnen, Akteure und Gemeinden in ihrer Region mit Planungssicherheit das umsetzen, was sie zuvorderst benötigen: einen modernen Coworking-Space für neue Arbeitswelten, ein Nahversorgungszentrum, eine regionale Mobilitätsgarantie oder ein Schwimmbad.

Zudem wollen wir das Fördersystem vereinfachen. Niederschwellige Förderungen – auch ohne Ko-Finanzierungserfordernisse – ermöglichen es Bürgerinnen, Bürger und Kommunen dort zu investieren, wo es gebraucht wird. Es braucht unbürokratische und bedarfsgerechte EU-Fördermittel, vor allem vor dem Hintergrund von drängenden Herausforderungen, wie dem Klimawandel.

II. RÄUMLICHE GRUNDSICHERUNG ALS BASIS

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse heißt nicht, dass alle Bausteine von Infrastruktur überall in gleichem Maße vorhanden sein müssen. Es bedeutet aber, für alle einen besseren Zugang zu guten, bezahlbaren und vielfältigen Versorgungsangeboten zu ermöglichen. Dazu braucht es Vorschläge, welche Angebote nötig sind. Daraus ergibt sich, wie eine räumliche Grundsicherung aussehen soll. Perspektivisch sollen mit Hilfe der „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge“ schrittweise alle Kommunen in die Lage versetzt werden, für ihre Kommunen Zugang zu relevanten Infrastrukturen und Dienstleistungen vor Ort zu gewährleisten. Hierbei sind insbesondere die

Breitbandversorgung, Mobilität, Kultur und Gesundheitsversorgung für viele Menschen besonders wichtig.

Regionale Mobilitätsgarantie

Wir wollen eine regionale Mobilitätsgarantie, die allen Menschen den Zugang zu einem verlässlichen Nahverkehrsangebot ermöglicht. Dazu gehören eine mindestens stündliche Anbindung zu allen regionalen Knotenpunkten und flexible Angebote bis zur Haustür. Durch die Einrichtung von Mobilitätsstationen, als Weiterentwicklung der klassischen Bahnhöfe, wollen wir verschiedene Angebote von Bus und Bahn bis hin zu Fahrdiensten und Leihrädern besser vernetzen.

Mit dem **MobilPass** schaffen wir eine Plattform-App, über die all diese Angebote nutzungsfreundlich dargestellt werden und überwinden mit dieser einheitlichen Ticketingplattform das Tarifchaos. Als Rückgrat der regionalen Mobilitätsgarantie brauchen wir eine **Stärkung des Bahnnetzes**. Darum wollen wir zur besseren Anbindung des ländlichen Raumes an größere Städte und Metropolen und Vernetzung innerhalb der Regionen das **Bahnhofssterben stoppen**, 2.000 km **stillgelegte Gleise reaktivieren**, mehr Strecken elektrifizieren und mit dem **Deutschlandtakt** das ganze Land gut vertaktet an den Schienenfernverkehr anschließen.

Breitband und leistungsstarken Mobilfunk für Alle

Es ist ein Skandal, dass Deutschland bezüglich der digitalen und mobilen Infrastruktur solch ein Entwicklungsland ist. Um jungen Menschen, Familien, Unternehmen und Handwerk in allen Regionen eine Perspektive zu geben, braucht es überall eine schnelle Internetverbindung und ein gutes Mobilfunknetz. Jedes Unternehmen und jede Bildungseinrichtung – egal ob klein oder groß – genauso wie Gründerinnen und Gründer sind ebenso darauf angewiesen. Deshalb fordern wir einen **Rechtsanspruch auf einen schnellen Breitband-Internetanschluss** (Internet-Universaldienst), den Ausbau des Glasfasernetzes und National Roaming zur Umsetzung der bestehenden Gewährleistungsverantwortung des Bundes für einen **flächendeckenden Mobilfunkausbau**.

Sichere Gesundheitsversorgung

Alle Menschen müssen einen verlässlichen Zugang zu Gesundheitsberatung, Ärztinnen und Ärzten, Pflege oder Hebammen haben. Gerade ältere Menschen, aber auch Schwangere und akut Erkrankte in strukturschwachen und ländlichen Regionen haben es oft schwer, eine verlässliche Gesundheitsversorgung zu bekommen.

Mit einer „**regionalen Gesundheitsversorgung**“ wollen wir dafür sorgen, dass notwendige Dienste überall erreichbar sind. Wir setzen dazu auf regionale Gesundheitsnetzwerke (Gesundheitsregionen). Kommunen, Krankenkassen, ambulante Gesundheitseinrichtungen und Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Hebammen, Apothekerinnen und Apotheker sowie therapeutische Berufe arbeiten in Gesundheitsregionen Hand in Hand. Sie eint die gemeinsame Aufgabe, die Versorgung der Menschen in der Region zu sichern und deren Gesundheit zu verbessern.

III. AUFBRUCH SCHAFFEN, NEUES GRÜNDEN

Wem gehört das Land?

Um die regionale Wertschöpfung zu stärken, müssen wir dafür sorgen, dass Eigentümerinnen und Eigentümer von Agrarflächen keine anonymen Agrarholdings ohne Verankerung in der Region sind, sondern bäuerliche und ökologisch wirtschaftende Betriebe. Die Bundesregierung muss endlich die

sogenannten **Share Deals stoppen**, durch die der Verkauf von Land keiner Genehmigung bedarf und Investorinnen und Investoren die Grunderwerbsteuer umgehen. Es ist zudem höchste Zeit, dass der Bund seine **Agrarflächen mit einer aktiven Bodenpolitik** besonders naturverträglich wirtschaftenden Betrieben, kleineren bäuerlichen Betrieben und für Betriebsneugründungen **zur Verfügung stellt**, damit solche Betriebe überhaupt Chancen bekommen, an Fläche zu kommen. Und wir müssen die Länder darin unterstützen, rechtsfeste **Grundstücksverkehrsgesetze** zu verabschieden, um es den Kommunen zu ermöglichen, bei Landverkäufen einzugreifen. Zentral ist, dass wir die **EU-Agrargelder neu verteilen** und Besitzverhältnisse der Begünstigten transparent machen. Das muss spätestens während der deutschen Ratspräsidentschaft angegangen werden. Belohnt werden darf nicht mehr länger der Besitz von Fläche, sondern das umwelt-, klima- und tierfreundliche oder gemeinwohlorientierte Wirtschaften von Bäuerinnen und Bauern.

Häuser und Ortskerne beleben

Wir wollen der Entstehung weiterer „Schlafdörfer“ entgegenwirken und lebendige Ortskerne schaffen: Mit einem Sofortprogramm „**Bauflächenoffensive – 100.000 Dächer und Häuser Programm**“ fördern wir die Aktivierung zuvor leerstehender Gebäude, zum Beispiel in den Ortskernen mit einem attraktiven Zuschuss. So entstehen Räume für Versorgung, Kultur und Neues, und Familien können leichter in den Ortskern ziehen und dort beispielsweise Wohneigentum bilden.

Künftig sollen **fehlende Innenentwicklungspotentiale vor Ausweisung neuer Baugebiete** nachgewiesen werden müssen. So reduzieren wir den Flächenverbrauch. Mit der Neuausrichtung der Städtebauförderung wollen wir die Zwischennutzung und wo notwendig den Rückbau leerer Gebäude ermöglichen. Dies soll mit kommunalen Leitfäden und Beratung flankiert werden. Mit einem Altschuldenhilfefonds wollen wir ostdeutsche Wohnungsunternehmen unterstützen, übertragene DDR-Altschulden abzutragen, um so Investitionen zur Überwindung von Leerstand und für notwendige Modernisierungen zu voranzubringen.

Nahversorgung stärken

Kurze Wege für kurze Beine – Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche müssen in allen Regionen vorhanden oder erreichbar sein. Dazu gehören für uns Kitas mit einem guten Betreuungsschlüssel genauso wie Angebote für Jugendliche. In ländlichen und strukturschwachen Gebieten brechen häufig Strukturen der Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit oder Jugendsozialarbeit weg, obwohl es hier besonders wichtig ist, Perspektivlosigkeit, Demokratieverdrossenheit oder Radikalisierung entgegenzuwirken. Wir wollen vom ersten Geburtstag bis zum Ende der Grundschulzeit einen **Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot**. Schulen in besonders schwierigen Stadtteilen wollen wir mit einem Aufholprogramm gezielt unterstützen und die Berufsschulen modernisieren. Der Bund muss diese Angebote mitfinanzieren.

Wir wollen, dass Menschen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Dafür fordern wir die **Förderung des altersgerechten Umbaus und eine wohnortnahe Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs** – idealerweise mit einem vielfältigen, multifunktionalen Angebot als Treffpunkt für Jung und Alt. Mit der doppelten Pflegegarantie sorgen wir dafür, dass alle pflegebedürftigen Menschen die Pflege erhalten, die sie benötigen, und deren Kosten gleichzeitig für sie begrenzt sind.

Arbeiten, wirtschaften, gründen

Wir wollen das Innovationspotenzial strukturschwacher Regionen und die **Gründungsbereitschaft** auf dem Land fördern. Dafür braucht es Knotenpunkte in unserer Wissensgesellschaft, zum Beispiel

in Form von **Coworking-Spaces**, sowie Kapital für Gründerinnen und Grüner. Das Gründerkapital wird als Einmalbetrag bis maximal 25.000 Euro am Anfang der Gründung ausbezahlt. Es ist unbürokratisch und steht allen offen. Die Chancen der Digitalisierung und des Wandels in der Arbeitswelt müssen sinnvoll gestaltet werden. Wir fordern ein **Recht auf Home-Office und mobile Arbeit**.